

# Ein Appell an uns alle

Autor(en): **Kurz, Rosmarie**

Objektyp: **Postface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **75 (1981)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

- daß wir leben wollen
- daß wir den Mächtigen das Recht absprechen, unsere Sicherheit zu besorgen.

Um gemeinsame Aktionen zu diskutieren, zu planen und vorzubereiten, treffen wir uns erstmals am 12./13. Dezember in Luzern. Für Aktionen gibt es sehr verschiedene Formen, Anlässe, Möglichkeiten, Orte, sie können lokal, regional oder überregional sein. Dafür wollen wir uns am 12./13. Dezember gegenseitig Anregung geben, Partner und Partnerinnen finden und konkrete Pläne schmieden.

Darüber hinaus treffen wir uns alle — und hoffentlich sind wir bis dahin noch viele mehr — zum **Ostermarsch 1982** (11. April 1982).

Uns einigt ein Anliegen:

*Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden!*

## Ein Appell an uns alle

Mit diesem Appell möchten wir zu der nun anlaufenden Kampagne aufrufen. Er wurde in der Bundesrepublik geschrieben — als eine Antwort auf die Nato-Entscheidung vom Dezember 1979. Wie wir alle wissen, sind auch wir mitbetroffen, wenn die atomare Bewaffnung in Mitteleuropa ausgebaut wird.

Wir haben diesen Appell teilweise übernommen und auf unsere eigene Problematik ausgerichtet. Für uns stellt sich die Frage, inwiefern unter den heutigen rüstungstechnischen Voraussetzungen das Konzept der Gesamtverteidigung Sicherheit bedeutet — eine Strategie, die alle Bereiche des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens unter der Devise «Selbstbehauptung» in den militärischen Widerstand einplant.

Es wird Ihnen auffallen, daß dieser Appell keine Forderungen aufstellt, die sich an Verantwortungsträger in Ost oder West richten — an den Bundesrat, die UNO . . . Dieser Aufruf richtet sich an uns alle: An Menschen, die sich durch den Kurs, der heute auf militärischer, politischer oder auch wirtschaftlicher Ebene gesteuert wird, verunsichert und bedroht fühlen. Er richtet sich an Menschen, die mit der Atombombe aufgewachsen sind, wie auch an meine Generation, die längst gelernt hat, mit der Atomgefahr zu leben und eine Sprachregelung zu akzeptieren, die von Atomwaffen wie von irgendwelchen technischen Neuheiten spricht, die man im Griff zu haben glaubt. Es ist die Rede von «Megatoten» bei einem Atomangriff — von «begrenzten atomaren Einsätzen» — und es wird allen Ernstes darüber diskutiert, daß die «Glaubwürdigkeit» der Verteidigungsbereitschaft in Frage gestellt wäre, wenn Mittelstreckenraketen auf Schiffen installiert würden und nicht in bewohnten Gebieten wie beispielsweise

bei Stuttgart, Ulm oder Palermo. Mit aller Selbstverständlichkeit werden die Auswirkungen des atomaren Holocaust diskutiert und grafisch dargestellt, als wären sie nur eine technische und überdies eine kalkulierbare Angelegenheit.

Im vorliegenden Appell wird die heutige Entwicklung im rüstungstechnischen Bereich nicht als ein isoliertes Phänomen dargestellt, sondern als Ausdruck einer gesamthaft lebensfeindlichen Entwicklung, einer Entwicklung, die nicht denkbar wäre, wenn wir sie nicht — und sei es durch unser Schweigen — unterstützen würden.

Was wir heute im militärischen Bereich erleben ist nur der extremste Ausdruck dieser Entwicklung und die Folge eines einseitig funktionellen, eines technologie- und wachstumsgläubigen Denkens. Folgen dieser Denkhaltung zeigen sich auch in der Wirtschaftspolitik — beispielsweise in der Wegrationalisierung oder Auslagerung von Arbeitsplätzen bei uns oder in der Prioritätenordnung gegenüber der Dritten Welt. Wir erleben sie zudem in der Zerstörung von Wohnraum oder der ökologischen Zusammenhänge in der Natur und so weiter.

Unser Appell richtet sich gegen ein gespaltenes Denken, das den ganzen Bereich der Gefühle ausklammert. Es wendet sich auch gegen eingespielte Denkmuster wie die folgenden:

- Weil es immer schon so war, wird es weiterhin so sein, daß Sicherheit in erster Linie eine Frage der militärischen Stärke ist . . .
- Zuständig für Fragen der Sicherheit und Bedrohung sind nicht wir, sondern Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Militär und Industrie . . .
- Ein Mann, der nicht bereit ist, sein Land militärisch zu verteidigen, ist ein Landesverräter . . .

Militaristische Denkmuster dieser Art zeugen nicht von Gesetzmäßigkeiten, sondern von einem Mangel an Vorstellungsvermögen. Es sind Klischees, wie andere auch, die wir inzwischen zu hinterfragen lernten. Beispielsweise die Ueberzeugung, daß die biologische Struktur der Frau sie zur Hausarbeit und den Mann zum Außendienst prädestiniere oder daß schwarze Menschen generell dümmer sind als weiße Menschen. Natürlich ist militaristisches Denken nicht nur im Westen virulent, sondern genau so stark in den Oststaaten.

Ich habe in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß es uns Frauen leichter fällt, militärische Klischees radikal zu hinterfragen. Das hängt vielleicht damit zusammen, daß wir nicht mit der Vorstellung geboren werden, wir seien dazu da, die Sicherheit unseres Landes gegen äußere Feinde zu verteidigen. Es ist für uns auch nicht eine Potenzfrage und damit eine Frage des inneren Gleichgewichts, ob wir militärisch tauglich sind oder nicht. Wir sind es gewohnt, an ganz anderen Orten zu verteidigen — nämlich dort, wo Leben bedroht

ist. So fühlen wir uns denn auch heute in der Schweiz nicht in erster Linie durch äußere Feinde bedroht, sondern durch die Tatsache, daß wir Kinder in eine Welt gebären, die wie die Titanic auf Kollisionskurs geht. Oder auch davon, daß es Leute gibt, die ehrlich davon überzeugt sind, Wesentliches für unsere Sicherheit zu leisten, indem sie für uns und unsere Kinder Luftschutzkeller bauen oder für teures Geld Ueberlebensnahrung für drei Tage bereitstellen. Es ist wohl kein Zufall, wenn sich immer mehr Frauen an der Rüstungsfrage politisieren.

Eigentlich müßte der Kampf gegen Wettrüsten und militärisches Denken und Handeln ja auch vom Evangelium her klar sein — sofern wir jedenfalls der Meinung sind, daß das Evangelium politische Konsequenzen haben muß.

Es ist mir jedenfalls weder als Frau noch als Christin schwer gefallen, zu einem Appell ja zu sagen, der das Signal zum Ausbruch aus dem Irrenhaus gibt. Als Irre werden Menschen bezeichnet, die ein gespaltenes Verhältnis zur Realität haben sollen. Das würde zumindest auf uns zutreffen, solange wir es hinnehmen, daß man uns Atomwaffen für Sicherheit verkauft (eine Sicherheit, die pro Minute eine Million Dollar kosten soll) und Pazifisten für eine nationale Gefahr hält.

Ausbruch aus dem Irrenhaus, das heißt für uns auch: Wieder lernen, als ganzheitliche und verantwortliche Menschen zu denken, unsere Bedürfnisse und Ängste ernst zu nehmen, der Nekrophilie den Kampf anzusagen und nach Alternativen zu suchen.

Dazu möchten wir mit diesem Appell aufrufen.

Rosmarie Kurz

HANSJÖRG BRAUNSCHWEIG

## Argumente für das Rüstungsreferendum

*«Wir erinnern vorab an das Rüstungsprogramm. Hier hat die Einführung des Finanzreferendums ihren guten Sinn, wird damit doch die letzte Verantwortung für Vorlagen, welche den Finanzbedarf des Staates nachhaltig beeinflussen, dem Volk übertragen.»* So schrieb der rein bürgerliche Bundesrat im Jahre 1954. Seit dem Zweiten Weltkrieg standen die ständige Zunahme der Militärausgaben und die fehlende Mitbestimmung des Volkes immer wieder zur Diskussion. Es sind vor allem drei Argumente, die für ein Rüstungsreferendum sprechen: ein demokratisches, ein finanzpolitisches und ein militärpolitisches Argument. Die Reihenfolge ist nicht zufällig, sondern Ausdruck der Wichtigkeit.